

97/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 29.04.2003

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek, Mag. Andrea Kuntzl
und GenossInnen
betreffend Jugend-Demokratiepaket "Beteiligung fördern, Wahlalter senken"

Schon in der letzten Legislaturperiode hat die sozialdemokratische Parlamentsfraktion die Umsetzung eines umfassenden „Jugend-Demokratiepaketes“ gefordert, um den Stellenwert von Jugendlichen in unserer Gesellschaft zu heben und damit die Mitbestimmung von jungen Menschen in unserer Gesellschaft auszuweiten. Partizipation von Jugendlichen in sämtlichen Bereichen des Lebens - von der Schule bis zur Mitsprache bei politischen Entscheidungen - muss gewährleistet sein.

Jugendliche müssen mitbestimmen können, dafür brauchen sie aber mehr Rechte und auch Ansprechpersonen. Nur so können Jugendmitbestimmungsmodelle ernsthaft umgesetzt werden!

In einigen Bundesländern wurde in einem ersten Schritt das Wahlalter bereits auf 16 Jahre abgesenkt. Die Erfahrungen mit dieser Regelung waren äußerst positiv. Zudem waren Jugendliche noch nie so gut informiert wie heute. Neue Medien und Kommunikationsmittel fördern dies zusätzlich. Damit ist das Argument, dass junge Menschen unreif oder unfähig wären, die Konsequenzen einer Wahlentscheidung abzuschätzen, unzulässig. Abgesehen davon kann die politische Urteilsfähigkeit kein Zulassungskriterium sein, außer sie würde laufend bei allen österreichischen Bürgerinnen überprüft werden.

Jede politische Entscheidung - von der Gestaltung von Lehrplaninhalten bis hin zur Arbeitsmarktpolitik - beeinflusst auch das Leben der Jugendlichen. Jede Stellungnahme, die diese abgeben können, erweitert die Grundlage, auf der politische Entscheidungen getroffen werden. Die Verantwortung Entscheidungen zu übernehmen wird Bürgerinnen abverlangt.

Die Voraussetzung dafür ist die frühestmögliche Miteinbeziehung in die Entscheidungsprozesse.

Jugendpolitik muss daher endlich in das Zentrum der Überlegungen der obersten Entscheidungsträger des Landes gerückt werden! Voraussetzung dafür ist die rascheste Umsetzung des folgenden Jugend-Demokratiepaketes.
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

"Der Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen wird aufgefordert, die Grundlagen für die Umsetzung des folgenden Jugend-Demokratiepaket, Beteiligung fördern, Wahlalter senken' zu schaffen.

- Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen
- Einführung des Pflichtfachs "Politische Bildung" ab der 5. Schulstufe
- Erarbeitung von Modellen zur Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse
- Verstärkte Mitsprache- und Mitwirkungsrechte für Jugendliche - Initiativrecht für Jugendliche, Reduzierung der Formerfordernisse für die Behandlung im Parlament
- Verstärkte SchülerInnen-/StudentInnenmitbestimmung
- Schaffung einer „Schülerinnenanwaltschaft" in jedem Bundesland
- Schaffung einer Kinder- und Jugendverträglichkeitsprüfung bei Gesetzesvorhaben
- Kinder- und Jugendgemeinderäte verpflichtend in jeder Gemeinde
- Auch im Verwaltungsbereich jeder Gemeinde muss eine Planstelle für Kinder- und Jugendangelegenheiten geschaffen werden (Koordination, Vernetzung mit PolitikerInnen und den jungen Menschen)."

Zuweisungsvorschlag: Familienausschuss